

Unterdrückte Debatten

In diesem Dokument sammeln wir Beispiele aktiver Unterdrückung oder Zensur von Debatten rund um die staatlich verordneten Corona-Massnahmen.

Deutschlandfunk

Ende 2021 äusserte sich ein Journalist im Deutschlandfunk kritisch zu der nun mit Omikron erneut in Gang kommenden Verschärfungsspirale der staatlichen Corona-Massnahmen. Der Beitrag wurde innert weniger Tage vom Netz genommen:

<https://www.deutschlandfunk.de/corona-regeln-die-einschraenkungen-sind-eine-zumutung-dlf-f8520e95-100.html>

Der Umgang der frau* mit dem Feministischen Lookdown

Der Feministische Lookdown hat seit dem Herbst 2020 seine vierzehntäglichen Sitzungen in der frau* abgehalten. Die Frau*hälterinnen forderten uns im November 2021 jedoch sehr kurzfristig auf, die Durchführung einer Diskussion über die Zertifikatspflicht im Frauenstreikhaus, zu der wir aufgerufen hatten, abzusagen. Daraufhin zogen wir uns aus der frau* zurück und gaben den Schlüssel ab. Aus dem Kreis der Frau*hälterinnen wurde uns beschieden, dass frau über unseren „Auszug“ froh sei. Wir möchten an dieser Stelle festhalten, dass wir eine der wenigen politisch aktiven Gruppen waren, die regelmässig in der frau* ihre Sitzungen abhielten. Offenbar braucht die frau* keine aktiven feministischen Politgruppen. Das finden wir schade. Schade finden wir auch, dass es nie zu einer offenen Diskussion über die Corona-Massnahmen gekommen ist, obwohl wir dies immer wieder anzuregen versuchten.

Zeitschrift Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik

Der Widerspruch hat seit Beginn der Pandemie keine Diskussion um Sinn, Verhältnismässigkeit und sozialen Schaden der Corona-Massnahmen aus einer linken Perspektive zugelassen. Das Beiratsmitglied Tove Soiland regte eine solche Diskussion wiederholt an, zuletzt mit untenstehendem Schreiben. Die Redaktion hat sich darauf entschieden, einen „Diskussionsteil“ zu Corona zu machen, in dem wiederum ausschliesslich Massnahmenbefürworter*innen zu Wort kommen. Eine Redaktionsfrau teilte dies mit dem lapidaren Satz mit: „Uns ist bewusst, dass das nicht dem Wunsch entspricht, den einige wenige Debattenteilnehmende geäussert haben.“ Tove Soiland war im Beirat nicht die Einzige, die sich für eine offene Diskussion der Massnahmen und der Rolle des Staates eingesetzt hatte.

Im Folgenden Toves ursprüngliches Schreiben:

An die Redaktion des Widerspruchs, an den Beirat des Widerspruchs,
ich nehme mit Befremden das Schreiben zur Kenntnis, das mir die Widerspruch-Redaktion auf meine Beanstandung hin, dass ich eine linke kritische Auseinandersetzung mit der staatlichen Corona-Politik im Widerspruch vermisste, zukommen liess. Anstatt einer Antwort erhielt ich eine Anschuldigung (siehe Beilage).

Ich habe euch wiederholt gebeten, auch kritische Beiträge zu den staatlich verordneten Corona-Massnahmen zu bringen. Vergeblich. Auf meine erneute Anfrage anfangs Oktober erhielt ich nur die Antwort, dass Corona auch im nächsten Heft, das zum Thema Katastrophen/Krisen sein wird, nur am Rande eine Rolle spielen werde. Corona ist also kein aktuelles Thema? Braucht es aus eurer Sicht keine inner-linke Auseinandersetzung über Zweckmässigkeit, Sinn und Verhältnismässigkeit der staatlichen Corona-Massnahmen? Ich fordere keine Positionierung, sondern lediglich eine ernsthafte Auseinandersetzung mit kritischen Standpunkten. Wisst ihr denn nicht, dass es namhafte linke Intellektuelle und Gruppierungen gibt, die diese äussern und dass es schlicht nicht stimmt, dass jede Kritik an den Massnahmen „von rechts“ kommt?

In Italien kämpfen sowohl kleine Gewerkschaften wie die grösste Gewerkschaft CGIL gegen den Green Pass (siehe Beilage Wu Ming). Wenn sich in der Schweiz Gruppierungen, u.a. auch die Freie Linke, zusammenschliessen, um die Zertifikatspflicht zu bekämpfen, so meint ihr, sagen zu können, dass das „rechts-nationalistische Kräfte“ seien, bei denen ich nicht auftreten sollte?

Findet ihr es nicht auch etwas arrogant, den 40'000 TeilnehmerInnen an der Demonstration vom 23. Oktober in Bern vorzuwerfen, sie seien alle rechts-nationalistisch? Eine Studie der Universität Basel hat ausgewiesen, dass 40% der TeilnehmerInnen an Demonstrationen gegen die staatliche Corona-Politik ehemalige SP- oder Grüne-WählerInnen sind, die sich enttäuscht von ihren Parteien abwenden, weil sie ihre Anliegen darin nicht mehr vertreten sehen.¹¹

Bevor ihr mit dem Finger auf andere zeigt, frage ich euch: Was habt ihr in den letzten bald zwei Jahren getan, um das Abdriften des Staates in einen immer autoritärer werdenden Staat zu verhindern? Wo waren eure Demonstrationen gegen die Corona-Massnahmen, die Kinder schädigen und alte Menschen in Isolationshaft nehmen, denen ich mich, und mit mir all jene Linken, die hier nicht länger schweigen wollen, hätten anschliessen können? Ihr schweigt, aber ihr zeigt mit dem Finger auf andere – das meine ich, wenn ich sage, dass ihr als Widerspruch-Redaktion eure gesellschaftspolitische Verantwortung nicht mehr wahrnehmt.

Bevor ihr mir rechtes Gedankengut oder ein Zusammengehen mit einem solchen unterstellt, möchte ich euch fragen:

- Was ist links daran, dem Staat kritiklos zu folgen, selbst dann, wenn seine Positionen zunehmend kongruent sind mit jenen des WEF, eines Klaus Schwab oder mit Organisationen wie dem GAVI, das wegen seinen problematischen Impfkampagnen jahrzehntelang im Fokus der Kritik feministischer Organisationen wie der Antigena stand?
- Was ist links daran, ein berechtigtes Unbehagen in der Bevölkerung einfach zu ignorieren und damit zuzulassen, dass dieses von Rechten artikuliert wird? Mit diesem Ignorieren und Schweigen arbeitet ihr und nicht die Demonstrierenden der Rechten zu.
- Was ist links daran zu schweigen, wenn, wie von Oxfam und der FAO berechnet, im globalen Süden sehr viel mehr Menschen in der Folge der Weltwirtschaftskrise, die durch die Abschottungs- und Lockdownpolitik der Länder des Nordens ausgelöst wurde (so viel zum Thema „nationalistische Kräfte“), nicht am Virus sondern an Hunger sterben werden? (Akut sind 20 Mio. mehr Menschen als vor der Pandemie vom Hungertod bedroht. Ca. 1/10 der Weltbevölkerung leidet zusätzlich mehr an Hunger.)
- Was ist links daran, einem Staat zu vertrauen, der vorgibt, unsere Gesundheit zu schützen, während er gleichzeitig IPS-Betten abbaut und die Pflegeinitiative ablehnt? (Vor der Pandemie gab es in der Schweiz 1000 IPS-Betten, jetzt sind es noch 840.)
- Seit wann ist es links, jeden Versuch der Artikulation einer linken Kritik aufs grösste zu diffamieren und so überhaupt zu verhindern, dass erstens eine ernsthafte inner-linke Debatte aufkommen kann und dass diese zweitens zu einer politischen Kraft werden kann, die die Zweifel, berechnete Skepsis und Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufnimmt? Warum beteiligt ihr euch mit eurem Schreiben an dieser Diffamierungskampagne? Ja, wo ist eure Kritik und Kritikfähigkeit geblieben: Nur mit dem Finger auf andere zu zeigen und sich selbstgerecht auf der „richtigen“ Seite zu wähnen, ist kein gesellschaftspolitischer Beitrag.

Für detailliertere Ausführungen zu all diesen Punkten verweise ich euch auf das Gespräch, das Radio Stadtfilter Winterthur mit Lydia Elmer und mir geführt hat. Ihr findet es unter Radio Stadtfilter Winterthur, „Linke Kritik an der Corona Politik“, Sendung vom 20. Nov. 13h. (Ich kann hier leider keinen Link beilegen, da das mail sonst im Spam landet.)

Ich bin es, die hier eine Erklärung erwartet.

Vielen Dank

Tove Soiland

¹¹ Oliver Nachtwey/Robert Schäfer/Nadine Frei: Politische Soziologie der Corona-Protteste, Universität Basel, 17.12.2020, S. 11. In dieser Studie steht zur Haltung der TeilnehmerInnen an den Protesten in Deutschland weiter: „Der Nationalsozialismus wird seltener verharmlost als in der Gesamtbevölkerung, es finden sich kaum sozialdarwinistische Haltungen und eine grosse Mehrheit will es Menschen aus anderen Ländern erlauben, ins Land zu kommen und dauerhaft hier zu leben. Mehr als 70% sind gegen eine Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, nur 28% gegen die Umverteilung der Einkommen.“ (S. 56)